Mittwoch, 27. Dezember 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 588

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die geplante Ausbeutung des Rheinlandes.

Der französische Ministerrat.

Der französische Plan bereits ausgearbeitet. — Der „Schutz" der Beamten durch Militär. — Der neue „Faustschlag auf den Tisch".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 27. Dezember.

Ueber die Konferenz, die Poincaré am Sonntag im Ministerium des Aeußeren abgehalten hat, und die nach den offiziösen Communiqués die Frage der Reparationen und Pfänder eingehend geprüft hat, sind die verschiedensten Versionen im Umlauf. Die offiziösen und halboffiziösen Blätter versuchen, eine möglichst harmlose Deutung zu geben, und der „Petit Parisien" behauptet, man sei in dieser Besprechung nicht mehr auf das in dem Kriegsrat im Elysée beratene Programm der Ruhrbesetzung, zu dem General Foch bereits die Pläne ausgearbeitet habe, zurückgekommen. Man habe lediglich die verschiedenen Eventualitäten erwogen, die sich für Frankreich aus der „Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen" am 15. Januar ergeben könnten, ohne darüber bereits zu einem endgültigen Beschluß gelangt zu sein. Diesen Verdeckungsmanövern gegenüber ist um so größere Vorsicht am Platze, als der meist sehr gut unterrichtete „Matin" mit aller Bestimmtheit versichert, **der französische Plan zur wirtschaftlichen Ausbeutung des linken Rheinufers im Zusammenhang mit der Errichtung einer Zollbarriere zwischen dem Rheinland und dem Ruhrgebiet einerseits und dem Deutschen Reich andererseits sei in allen Details ausgearbeitet.** Die Intervention des Militärs sei dabei nur insoweit vorgesehen, als dies zum Schutze der für die Erhebung der Zölle und der Kontrolle des deutschen Staatswesens bestimmten Beamten notwendig sei.

Die Versicherung, die Poincaré in der vergangenen Woche in der Kammer abgegeben hat, daß Frankreich keine militärische Okkupation der Ruhr beabsichtige, wäre demnach lediglich ein Spiel mit Worten gewesen, dazu bestimmt, die öffentliche Meinung in England und Amerika zu beschwichtigen. Der nach den Enthüllungen des „Matin" tatsächlich geplante „Schutz durch Militär" ist und bleibt eine militärische Operation, gleichviel welchen Namen und welche Begründung Poincaré ihr geben mag. Weiterhin teilt der „Matin" mit, die französischen Sachverständigen seien im Anschluß an die Besprechung vom Sonntag mit der Prüfung der Frage einer Währungsfrage im Ruhrgebiet betraut worden. „Wird das Ruhrgebiet, wenn es durch eine Zollbarriere vom übrigen Reich getrennt ist, weiterhin von Berlin die gewaltigen Mengen Papiergeld erhalten können, deren es zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens bedarf? Und wenn dies nicht der Fall sein sollte, in welcher Währung sollen künftig die Arbeitslöhne bezahlt und die geschäftlichen Transkationen abgewickelt werden? Die Einführung des Frank oder einer anderen ausländischen Währung wird sicherlich auf tausend Schwierigkeiten stoßen. Andererseits aber bedarf es, um das Ruhrgebiet wirklich produktiv zu machen, einer gründlichen Reform der augenblicklich ungesunden Geldverhältnisse. Das ist die Frage, die gegenwärtig die Regierung in erster Linie beschäftigt." (!) Dieses Eingeständnis zeigt erneut, daß die von Poincaré ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Durchführung des famosen Planes Dariacs dienen sollen, der die Abtrennung des industriellen Westens vom deutschen Reich zum Ziele hat, und der als erste Etappe auf diesem Wege ausdrücklich die Ersetzung der deutschen Währung durch eine neue Werteinheit empfiehlt.

Daß es Poincaré heute weit weniger um effektive deutsche Reparationszahlungen als um die Pfänder zu tun ist, die Selbstzweck der französischen Reparationspolitik geworden sind, zeigen die Aeußerungen, mit denen der „Temps" die angekündigten deutschen Vorschläge, noch ohne sie zu kennen, abtut. In einem Leitartikel vom Montag erklärt er, daß selbst die Garantien der deutschen Industrie- und Finanzkreise heute nicht mehr ausreichen, um Frankreich an der Beschlagnahme von Pfändern zu verhindern. Das französische Volk sei der Versprechungen und der Tröstungen auf die Zukunft müde. Ob die Pfänder produktiv seien oder nicht, darauf kommes im Augenblick wenig an (!). Nachdem die bisherigen Methoden für Frankreich absolut negativ gewesen seien, müßte man es nunmehr mit allen Mitteln versuchen.

Nach Meldungen aus Toulon sollen die dortigen Hafenbehörden Ordre erhalten haben, alle disponiblen Ingenieure und sonstiges technisches Personal für eine eventuelle Verwendung im Ruhrgebiet bereitzuhalten.

Alle diese Aeußerungen der französischen Presse zeigen, daß Poincaré wieder einmal vor der Pariser Konferenz durch die ihm ergebenden Zeitungen für eine Zwangspolitik gegen Deutschland Stimmung machen läßt, um seine Forderungen vor den anderen Verbündeten durch einen Hinweis auf den Druck der öffentlichen Meinung zu vertreten. Kurz vor den Beratungen in London gab es die Geheimsitzung im Elysée, jenen „Faustschlag auf den Tisch", der einen den Wünschen der französischen Regierung sehr entgegengesetzte Wirkung ausübte. Die ganze Welt und besonders die anderen Verbündeten erkannten aus den Indiskretionen der Pariser Blätter den wahren Geist der Reparationspolitik Poicarés und protestierten energisch, worauf, wie noch in Erinnerung sein wird, der Ministerpräsident sofort von den Informationen der Presse abrückte, indem er offiziell alle verbreiteten Nachrichten über die Geheimkonferenz als völlig ungenau bezeichnen ließ. Diesmal bildet die Konferenz im Ministerium des Aeußeren den „Faustschlag auf den Tisch", und es bleibt abzuwarten, was die anderen Alliierten zu dieser neuen Demonstration sagen werden. Daß die Einführung eines neuen Münzsystems oder militärische Deckungen irgendwelcher Art im Ruhrgebiet eine klare Vergewaltigung bedeuten würden, ist durch seine Rabulistik des „Temps" zu verhüllen. Informierte Engländer erklären, daß Bonar Law einer Politik dieser Art niemals seine Zustimmung geben wird. Vielleicht läßt Poincaré seine Zeitungen nur deshalb so viel von der Ruhr sprechen, um die Aufmerksamkeit von den französischen Plänen im Rheinland abzulenken.

London, 27. Dezember. (W. T. B.)

„Daily Telegraph" zufolge ist während der Weihnachtsfeiertage kein Fortschritt in Richtung auf eine interalliierte Lösung der Reparationsprobleme gemacht worden. Die belgische Regierung habe nichts von sich hören lassen, ebensowenig die italienische. Mussolini habe sich damit begnügt, seine frühere Erklärung zu wiederholen, daß, wenn keine vorherige interalliierte Vereinbarung erzielt werde, er zum 2. Januar nicht nach Paris gehen werde. Am letzten Sonntag habe Bonar Law den französischen Botschafter empfangen und mit ihm eine ziemlich ausgedehnte Unterredung gehabt.

Amsterdam, 27. Dezember. (W. T. B.)

Nach einer Blättermeldung aus Brüssel werden die belgischen Minister am Donnerstag eine Konferenz abhalten, auf der die Reparationsfrage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Konferenz der alliierten Premierminister besprochen werden soll.

(Siehe auch Seite 2.)

Politische Krise und neue Regierung in Spanien.

Die Marokkofrage. — Die Reformpartei. — Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts. — Verfassungsreform.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. R. Carande-Thovar,

ordentlichem Professor der Universität Sevilla.

Der Augenblick, in dem das neueste spanische Kabinett, zusammengesetzt aus Vertretern der gesamten liberalen Richtungen, ans Staatsruder gelangt ist, verdient aus zweierlei Gründen besondere Beachtung. Einmal wegen der Wichtigkeit der politischen Ursachen, die diesen Regierungswechsel veranlaßt haben, und dann, weil seit langer Zeit zum ersten Male Männer einer liberalen Richtung Mitglieder des Kabinetts geworden sind. Während der letzten 15 Jahre ist der Fortlauf unserer inneren Politik bei jeder neuen Krise stets durch ein und dasselbe Problem gestört worden: durch unsere unglückliche Marokko-Politik. Die besten Kräfte wurden ihr geopfert, und die immer größer werdende Ungeschicklichkeit, mit der diese Frage angefaßt wurde, verhinderte, daß die nötige Aufmerksamkeit und alle irgend erfaßbaren Geldmittel ungleich wichtigeren, wirklichen Existenzfragen, deren wir noch genug zu lösen hätten, zugewendet wurden. Wir haben aus dieser traurigen marokkanischen Politik, seit sie in ihren Folgen so brennend geworden ist, nur einen einzigen wirklichen, aber mit ungeheuren Opfern an Blut und Geld erkauften Ertrag. Man kann wohl sagen, daß unsere politische Einfühlung aus einer Reihe von Gründen, die hier nicht näher untersucht werden können, nicht besonders lebhaft ist. Nur durch geradezu eklatante Ereignisse, wie der Fehlschlag der Marokko-Politik, ist sie neuerlich aufgerüttelt worden. Die Folgen jener politischen Nichteinfühlung sind mehr wie bedauerlich. Man denke nur an die Tragödie des Sommers 1909, aus welcher die Revolution in Barcelona hervorging. Ein davon sehr verschiedenes Ergebnis war das Entstehen der sogenannten „Juntas de defensa" in unserer Armee im Sommer 1917, deren Dasein aber noch keine Früchte gezeitigt hat. Wenigstens keine guten Früchte.

Der letzte Mißerfolg des Sommers 1921 war so niederschmetternd, daß zum ersten Male das Wort „Verantwortlichkeit" allgemeine Zustimmung bei jeder Partei der „Cortes" fand. Gegen den Alto Commissario von Marokko, General Berenguer, und drei Minister des damaligen Kabinetts Allendesalazar wurde es geschleudert. Dieses furchtbare Wort wurde nicht nur etwa von der äußersten Linken ausgesprochen, sondern auch von den jetzt zur Regierung gelangten Männern und verschiedenen Angehörigen der konservativen Partei, unter anderem einer so überragenden Persönlichkeit wie Maura.

Für einen Kenner unseres politischen Lebens wird es sicher interessant sein, zu beobachten, in welcher Weise die neue Regierung ihre Aufgabe erfüllen wird. Die erste Schwierigkeit ist schon überwunden. Als Herr Sanchez Guerra im Namen der Konservativen sich weigerte, mit seiner Partei, welche die Mehrheit bildete, die neue Regierung zu unterstützen, wurde dem Kabinett vom Könige die Auflösung des jetzigen und Einberufung eines neuen Parlaments zugesagt. Aber das ist natürlich nur ein Anfang. Ist einmal die peinliche Aufgabe, die wirklich Schuldigen der letzten Marokko-Katastrophe zur Verantwortung zu ziehen, ausgeführt, so wird die große Erfahrung der meisten Mitglieder des neuen Kabinetts nach einem Mittel suchen müssen, das ein für allemal diese ewige Marokko-Frage erledigen kann. Sonst wäre keine gesunde Politik in Spanien möglich. Daß die neuen Männer mit dieser Absicht zur Regierung kommen dafür sprechen nicht nur die letzten Reden, die in der Kammer gehalten wurden, sondern auch die Tatsache, daß jetzt Persönlichkeiten an die Regierung gelangt sind, die neue Wege gehen können. Ich spreche von dem Führer der Reformpartei und seinen hervorragenden Mitarbeitern. Der Universitätsprofessor Melquiades Alvarez hat endlich Gelegenheit, seine Fähigkeiten zu beweisen. Die Entwicklung dieses Mannes ist etwas ganz Eigenartiges in unserer Politik. Seit Anfang des Jahrhunderts fißt er im Parlament. Er gewann sofort den Ruf eines glänzenden Redners, und das war ein großer Erfolg in den Zeiten der Salmeron, Moret und Pidal, der besten Redner unserer neueren parlamentarischen Geschichte. Damals war er Mitglied der republikanischen Fraktion. Trotzdem wurde ihm ein Ministerposten von Sagasta, dem damaligen Führer der Liberalen angeboten. Als Republikaner hat er stets seine Begabung in der Polemik bewiesen. Er gehörte zu dem rechten Flügel der Partei bis 1913; aber allmählich von der Harmlosigkeit und Unfruchtbarkeit ihres Dogmas überzeugt, sagte er sich von ihs los. Er wiomete sich seitdem der Schöpfung eines politischen Machtmittels, welches fähig sein sollte, der Monarchie die Lösungen der bedeutendsten politischen Fragen zu ermöglichen. So schuf er die Reformpartei. Das Regierungsprogramm, das er in dem feierlichen Augenblick der Parteibildung vorlas, war sicherlich ein Meisterstück.

Das Land nahm diese neue politische Richtung mit sichtlichem Interesse auf. Einige Vertreter der republikanischen Partei gingen zu den Reformistas über, und was noch bedeutender war, diese Intellektuelle, die seit 1898 unsere Politik mit Abscheu verfolgt hatten, schlossen sich an. Die Bildung einer „Liga para la educacion politica", die damals zustande kam, aber nur kurze Zeit existierte und als eine Vorbereitung für die politische Tätigkeit galt, könnte man vielleicht mit den Absichten der Reformisten in Verbindung bringen. Auf jeden Fall muß man anerkennen, daß diese Leute der Versuchung widerstanden haben, eher zur Regierung zu kommen, als sie selbst die ganze Verantwortung

Die Papiere Iswolskis.

T. W. Auch in Paris wird jetzt etwas aus den Papieren des verstorbenen Iswolski veröffentlicht. In der „Revue de Paris" erscheinen Erinnerungen, die der ehemalige russische Botschafter in der letzten Zeit seines irdischen Daseins, nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches, niedergeschrieben hat. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Aufzeichnungen Iswolskis, die in einer so gemischenhaften Pariser Monatsschrift erscheinen, in keiner Weise für die französische Politik, die dem Kriege voranging, kompromittierend sind. Auf diesen Erinnerungsseiten ist weder von Poincaré die Rede, noch von dem Rubeln, mit denen Iswolski, unter dem Protektorat der französischen Regierung, die Pariser Presse ermunterte, das unangenehm friedliebende französische Publikum rechtzeitig zu kriegerischer Begeisterung zu erziehen. Wie er mit seinen Pariser Freunden den Krieg vorbereitete, hat Iswolski, als er noch Botschafter war und an eine Auferstehung diplomatischer Geheimberichte nicht glaubte, von Tag zu Tag dem russischen Minister des Aeußern, Herrn Sasonow, mitgeteilt. In seit Memoiren, die er in Einsamkeit und Geldknappheit für den Pariser Buchhandel schrieb, als das von ihm erschütterte Gewölbe der Zarenpracht auch ihn selber niedergeschlagen hatte, steht von diesen Dingen nichts. Das erste Kapitel enthält Erzählungen und Urteile über Witte, der zwölf Jahre lang Finanzminister und bis zum April 1906 Ministerpräsident war. Es ist eine sehr fesselnde Beschäftigung, die Darstellung Iswolskis mit den von Witte hinterlassenen Memoiren, mit einem Aufsatze des Herrn Maurice Bompard, des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, und mit anderen Schriften zu vergleichen, aber wichtiger noch als solche historischen Forschungen über schon Fernliegendes sind uns heute die nähere Vergangenheit und die Gegenwart.

In einem Artikel, in dem er die „Erinnerungen" Iswolskis bespricht, sagt der „Temps", dieser russische Diplomat habe für die Politik ein ungewöhnliches Verständnis gehabt. Obgleich man über seine Art, die Tatsachen darzustellen und manchmal zu entstellen, Vorbehalte machen müsse, seien die Beiträge, die er zur Zeitgeschichte geliefert habe, doch interessant. Die einschränkende Bemerkung, der Vorbehalt, schien deshalb nötig, weil die Darstellungen, die Iswolski in seinen Geheimberichten gegeben hat, Herrn Poincaré und den französischen Imperialisten so außerordentlich unbequem geworden sind. Immerhin ist es wertvoll, daß der „Temps", der durch so manches Band mit dem hervorragenden Russen verknüpft war, das Interesse der Iswolskischen Geschichtsbeiträge anerkennt. Diese gerechte Einschätzung muß für alle, die aus der unversiegbaren Quelle schöpfen können, ein neuer Ansporn sein. Aber als Aufgabe des Tages darf es ihnen dann nicht erster Linie gelten, harmlos zurechtgemachte Erinnerungen, Abhandlungen über längst verstorbene Staatsmänner auszugraben, sondern sie müssen in den nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten und darum aufrichtigen Berichten Iswolskis auch dasjenige suchen und finden, was die gegenwärtigen Ereignisse beleuchten kann. Vor einem Jahre, am 31. Dezember 1921, habe ich hier jene geheimen Briefe und Telegramme ans Licht gebracht, in denen Iswolski seinem Minister so bemerkenswerte Aufschlüsse über seine Pariser Tätigkeit, über „die Energie und Entschlossenheit" Poincarés, über die Stärkung des Kriegsgedankens und über „die Verteilung der Subsidien" gab. Leider haben der „Temps" und die anderen imperialistischen Blätter Frankreichs diese Beiträge zur Zeitgeschichte, die dann auch in einem umfangreichen Buche mit anderen Dokumenten vereinigt wurden, nicht so interessant gefunden wie das weniger aktuelle Iswolskis über Witte, und gewiß nur darum haben sie ihre Leser niemals mit Inhalt und Wortlaut der Berichte bekanntgemacht. Wenn diese Mauer des Schweigens sich nicht durchbrechen läßt, so wohnen doch außerhalb der Mauer auch Leute, und zu ihrer Aufklärung könnte vielleicht noch allerlei dienen, was der Geheimkurier des Botschafters Iswolski von Paris nach Petersburg zu dem Minister Sasonow trug. Denn es unterliegt keinem Zweifel: der Aktenkasten dieses russischen Diplomaten gleicht dem Dichterherzen, von dem Heinrich Heine gesungen hat: „Und manche schöne Perle in seiner Tiefe ruht."